

## VCI Hessen Position

# GENEHMIGUNGSVERFAHREN

Wer die Transformation in Deutschland und Hessen voranbringen möchte, der muss Unternehmen befähigen, ihre Industrieanlagen zu modernisieren. Nur so sichern wir unseren Wohlstand. Hierfür brauchen wir unbürokratische und schnelle Genehmigungsverfahren. Bisher dauern diese im Durchschnitt sechs Monate länger als gesetzlich vorgegeben ist. Eine Verkürzung ist nicht in Sicht, denn neue Auflagen kommen regelmäßig hinzu, z. B. durch die Novellierung der Industrieemissionsrichtlinie.

Diese neue Richtlinie würde zu weiteren bürokratischen Belastungen für die Unternehmen führen, da sie neue Management-Systeme für jede Anlage vorsieht.

Verfahrensvorgaben und Regularien werden zumeist auf EU- oder Bundesebene festgelegt. Aber auch die Landesebene kann ihren Beitrag zur Beschleunigung von Verfahren und damit zur Transformation und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Hessen leisten.

## DAFÜR SETZT SICH DER VCI HESSEN EIN

### › Schnellere und unkompliziertere Genehmigungsverfahren

Wenn Unternehmen in Deutschland neue Anlagen bauen oder modernisieren wollen, erleben sie oft langwierige, unberechenbare Genehmigungsverfahren. Laut BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. dauern Verfahren heute oft doppelt so lang wie gesetzlich vorgesehen ist. Genehmigungsprozesse müssen: schneller, besser planbar und effizienter sein.

### › Regulierungs-Tempo massiv herunterfahren

Mit dem europäischen „Green Deal“ haben sich die gesetzlichen Anforderungen an Unternehmen stark erhöht. Aktuelle Omnibus-Verfahren entlasten noch zu wenig. Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, das Regulierungstempo zu verlangsamen und eine Denkpause einzulegen, um Überregulierungen zu bereinigen. Ziel ist es, Umwelt- und Wirtschaftspolitik ins Gleichgewicht zu bringen und die Bürokratie zu reduzieren, die vor allem den Mittelstand und Großunternehmen zugleich belastet.

### › Deregulierung angehen, Bürokratie zielgerichtet und schnell verringern

Die hohe Regulierungsdichte und Bürokratiebelastung sind Standortnachteile für deutsche Unternehmen. Bundesregierung und Bundestag müssen Deregulierung und Entbürokratisierung ganzheitlich angehen. Die EU-Kommission plant, den rechtlichen EU-Besitzstand einem sogenannten Stresstest zu unterziehen. Die Bundesregierung sollte diesen Weg unterstützen und Praxischecks auf EU-Ebene einführen. Die Modernisierungsagenda sowie die Vorschläge des nationalen Kontrollrats enthalten viele gute Vorschläge, die nun zügig umgesetzt gehören.

### › Strengere deutsche Vorgaben zurückführen

Eine überschießende Umsetzung von EU-Recht („gold plating“) ist unbedingt zu vermeiden, jedoch noch zu häufig tägliche Praxis. Die Umsetzung von EU-Vorgaben in nationales Recht muss stets 1:1 erfolgen. Die Bundesregierung und der Bundestag müssen strengere deutsche Vorgaben identifizieren und zurücknehmen.

### › Das überfällige OZG mit seinem Tool ELiA umsetzen

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ist dringend geboten. Die Schaffung einer bundesweit einheitlichen Kollaborationsplattform kann den Aufwand auf beiden Seiten – Unternehmen und Behörden – deutlich verringern. Dabei müssen technische Barrierefreiheit vorliegen und der Schutz sensibler Daten umfassend gewährleistet sein. Verbesserungsvorschläge seitens der Betriebe sollten umgesetzt werden.

### › Behörden digitalisieren, fördern und vernetzen

Die Digitalisierung in den Behörden muss vorangetrieben und das Personal aufgestockt sowie kontinuierlich geschult werden. Die verschiedenen Ebenen (Kommunen, Länder, Bund) müssen vernetzt werden.

Stand: Mai 2026